

den Beschlüssen des X. Parteitages der SED und des XXVI. Parteitages der KPdSU sowie Geist und Buchstaben des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 7. Oktober 1975 entspricht. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Treffen und regelmäßigen Kontakte zwischen den Generalsekretären der Zentralkomitees der SED und der KPdSU, von denen die entscheidenden Impulse für die Vertiefung und Vervollkommnung des Zusammenwirkens beider Länder ausgehen. Das fand bei den kürzlichen Begegnungen zwischen Erich Honecker und J. W. Andropow erneut seine überzeugende Bestätigung.

Es wurde die Gewißheit zum Ausdruck gebracht, daß sich die brüderliche Zusammenarbeit beider Staaten in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zum Wohle ihrer Völker, im Interesse des kommunistischen und sozialistischen Aufbauwerkes, der Festigung des Friedens in Europa und der Gewährleistung der internationalen Sicherheit auch weiterhin erweitern und vertiefen wird. Ein sicheres Unterpfand dafür sind die unerschütterliche Einheit der SED und der KPdSU, ihre Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion sind entschlossen, mit ganzer Kraft zur weiteren Festigung der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft, zur Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit, zur Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration und zur Vervollkommnung der KOT-ordinierung der außenpolitischen Tätigkeit der Bruderländer beizutragen.

Beide Seiten bekräftigten die Einheit ihrer Ansichten bei der Bewertung der internationalen Lage und der Ursachen für die gegenwärtige gefährliche Verschärfung der internationalen Spannungen. Sie ist die Folge von Aktionen der aggressivsten Kreise des Westens, vor allem der USA. In dem Versuch, die militärische Überlegenheit über die sozialistische Gemeinschaft zu erlangen, forcieren diese Kreise das Wettrüsten und verfolgen den Kurs der verstärkten Konfrontation, des Schürens von Konflikten und der groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Diese den Interessen des Friedens widersprechende Politik erhöht die Gefahr eines Kernwaffenkonfliktes und wird daher von allen friedliebenden Kräften unseres Planeten entschieden zurückgewiesen.

Die sozialistischen Länder erteilen dieser Politik eine gebührende Abfuhr. Sie stellen ihr eine konsequente Linie entgegen, die auf die Gewährleistung der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die Erhaltung und Fortsetzung des Entspannungsprozesses, die Aufrechterhaltung des zwischen der UdSSR und den USA, zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO insgesamt bestehenden militärisch-strategischen Gleichgewichts auf einem immer niedrigeren Niveau gerichtet ist. Sie werden nach wie vor alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Kriegsgefahr zu verringern, die